

E I N L A D U N G

zur 4. Sitzung des Hauptausschusses und Ausschusses für öffentliche Ordnung der Stadt Gummersbach am Mittwoch, dem 01.07.2026, 16:30 Uhr, im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

T a g e s o r d n u n g

A. Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift der letzten Sitzung
2. Antrag zur Einführung eines Personalausschusses
Vorlage: 06011/2026
3. Antrag auf Erstellung eines Umsetzungskonzeptes zur schrittweisen Einführung von Tempo 30 im Gummersbacher Stadtgebiet
Vorlage: 06010/2026/3
4. Umbesetzung in den Fachausschüssen der Stadt Gummersbach
Vorlage: 06012/2026
5. Mitteilungen

B. Nicht öffentlicher Teil:

6. Mitteilung über die Vergabe eines Auftrags über 300.000 €
Vorlage: 05976/2026
7. Mitteilungen

Gummersbach, den 24.06.2026

gez.

Raoul Halding-Hoppenheit
Bürgermeister

Falls Sie verhindert sind, an der Sitzung teilzunehmen, informieren Sie bitte Ihre(n) Stellvertreter/-in sowie den Fachdienst Büro des Bürgermeisters, Tel. 2178. Eine Parkkarte für die Ausfahrt aus dem Parkhaus finden Sie zu Sitzungsbeginn auf ihrem Platz.

Mitglieder des Hauptausschusses und Ausschuss für öffentliche Ordnung:

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

Vorsitzender: BM. Raoul Halding-Hoppenheit

1. Stellvertreter:

stv. BM. Jürgen Marquardt

2. Stellvertreter:

stv. BM. Oliver Kolken

CDU

Stv. Jörg Jansen

Stv. Maria Anna Walk

Stv. Dirk Helmenstein

Stv. Uwe Schneevogt

Stv. Rainer Sülzer

1. Stv. Karl-Heinz Richter

2. Stv. Volker Kranenberg

3. Stv. Jakob Löwen

4. Stv. Bastian Frölich

5. Stv. Uwe Dick

6. Stv. Edith Roth

SPD

Stv. Thorsten Konzelmann

Stv. Elisabeth Raupach

Stv. Dr. Sven Lichtmann

1. Stv. Kathrin Grüttgen

2. Stv. Axel Blüm

3. Stv. Benjamin Stamm

4. Stv. Mary Roshani Thanapalasingham

AfD

Stv. Rainer Degner

Stv. Bernd Rummler

Stv. Andreas Nehls

1. Stv. Susanne Valentin

2. Stv. Guido Weuste

3. Stv. Chris Laurent Schaldach

4. Stv. Manfred Valentin

5. Stv. Patrizio Milia

GRÜNE

Stv. Konrad Gerards

1. Stv. Erika Hoferichter

2. Stv. Vanessa Dittl

3. Stv. Joachim Scholz

Die Linke

Stv. Vivien Aurora Peetz

1. Stv. Sabrina Bachmann

FDP

Stv. Ursula Anton

1. Stv. Thorsten Rinker

Antrag zur Einführung eines Personalausschusses**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
01.07.2026	Hauptausschuss und Ausschuss für öffentliche Ordnung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss und Ausschuss für öffentliche Ordnung beschließt auf Antrag der CDU- und SPD-Stadtratsfraktionen (Anlage zur Originalniederschrift) die Einrichtung eines Personalausschusses als Unterausschuss des Hauptausschusses und Ausschusses für öffentliche Ordnung. In diesen werden folgende Mitglieder entsandt:

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

Vorsitzender:

BM. Raoul Halding-Hoppenheit

Stellvertreter/in (ordentliches Mitglied)

Stv. _____

CDU

1. Stv. _____

2. Stv. _____

1. Stv. _____

2. Stv. _____

SPD

1. Stv. _____

1. Stv. _____

AfD

1. Stv. _____

1. Stv. _____

GRÜNE

1. Stv. _____

1. Stv. _____

LINKE

1. Stv. _____

1. Stv. _____

FDP

1. Stv. _____

1. Stv. _____

Verwaltung:

BM. Raoul Halding-Hoppenheit

Anlage/n:

Antrag der CDU- und SPD-Stadtratsfraktionen



Vorsitzende der Fraktionen:

Jörg Jansen und Thorsten Konzelmann

Herrn
Bürgermeister Halding-Hoppenheit
Rathaus / Rathausplatz 1
51643 Gummersbach
per Mailversand

Gummersbach, 05.06.2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Halding-Hoppenheit,

die CDU- und SPD-Fraktion im Rat der Stadt Gummersbach haben beschlossen, für die nächste Sitzung des Hauptausschusses und Ausschusses für Öffentliche Ordnung, sowie des Stadtrates **folgenden Antrag** (gemäß § 14 der GO für Rat und Ausschüsse der Stadt Gummersbach) zu stellen:

„Der Rat der Stadt Gummersbach bittet / beauftragt die Verwaltung der Stadt Gummersbach zum nächstmöglichen Zeitpunkt (schnellstmöglich)

- a) (analog der Regelungen bzw. Vereinbarungen bis 2020) einen Personalausschuss als Unterausschuss des Hauptausschusses und Ausschuss für Öffentliche Ordnung einzusetzen,
- b) und diesen Ausschuss mit dem Bürgermeister (Vorsitz), mit zwei Stadtverordneten der CDU und jeweils einer/m Stadtverordneten der SPD, AfD, Grünen, Linken, FDP und einer entsprechenden Anzahl an Stellvertretern/innen zu besetzen.“

Begründung:

Neben der Kreisumlage ist der Personalhaushalt der Stadt Gummersbach die größte Ausgabe-/Aufwandsposition. Es ist zu erwarten, dass die Einnahmen weiterhin den Aufwand nicht mehr decken, der Haushalt in ein noch größeres Minus rutscht, das Haushaltsloch wächst, ein Haushaltssicherungskonzept droht und erhebliche Einsparungen erforderlich sind. Das gilt dann nicht zuletzt auch oder gerade für den Personalhaushalt der Stadt.

Bis zum Jahr 2020 wurden in einem Personalausschuss durch die Verwaltung alle haushaltsrelevanten Personalentscheidungen (u.a. Höhergruppierungen, Beförderungen, Neuschaffung/-ausschreibung von Stellen, Stellenbesetzungen, Fristen, Zeiten etc.) umfassend vorgestellt, begründet und durch die Mitglieder hinterfragt, geprüft und dann als Empfehlung für den Hauptausschuss und Stadtrat beschlossen. U.a. hat dieses Vorgehen verhindert, dass im Fachausschuss oder Rat Personalvorlagen der Verwaltung abgelehnt wurden, weil die Politik anderer Meinung war. So konnten Personalentscheidungen vorher gemeinsam abgestimmt und den Parteien/Fraktionen inhaltlich vermittelt werden.

Gerade mit Blick auf die o.g. Haushaltssituation und im Zusammenspiel mit der inhaltlich neu aufgestellten AG „Haushalt“ erscheint dieses Vorgehen in Zukunft unbedingt erforderlich. Damit wird der Politik ein wirksames Kontrollinstrument für den Personalhaushalt der Verwaltung gegeben.

Die personelle Besetzung sollte möglichst klein gehalten und nicht „rein“ nach D'Hondt besetzt werden, um Vertraulichkeit und die Effizienz des Gremiums zu gewährleisten. Dennoch sollte die politische Beteiligung „breit“ sein (s.o. Nr. b). Die Politik ist angehalten möglichst Stadtverordnete in diesen Ausschuss zu entsenden, die Erfahrung im Personalbereich der öffentlichen Verwaltung haben.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Jansen
(Fraktionsvorsitzender)

Thorsten Konzelmann
(Fraktionsvorsitzender)

Antrag auf Erstellung eines Umsetzungskonzeptes zur schrittweisen Einführung von Tempo 30 im Gummersbacher Stadtgebiet**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
22.06.2026	Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität
01.07.2026	Hauptausschuss und Ausschuss für öffentliche Ordnung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Umsetzungskonzept zur schrittweisen Einführung von Tempo 30 zunächst exemplarisch für die Stadtteile Strombach, Deitenbach und Bredenbruch zu erarbeiten.

Begründung:

Das Konzept soll darstellen:

1. Welche Wohnbereiche sich auf Grundlage der Infrastruktur, Verkehrsaufkommen und Umsetzbarkeit vorrangig eignen.
2. Welche Kosten durch die Umsetzung entstehen würden.
3. Wie eine Priorisierung der Bereiche und eine mögliche Finanzierung erfolgen könnte.
4. Welche flankierenden Kommunikations- oder Begleitmaßnahmen (z. B. Bürgerinformation, Verkehrsaufklärung, Monitoring) sinnvoll wären.

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag des Antrages vom 05.06.2026 wurde in der 2. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität am 18.06.2026 geändert.

Der Antrag befindet sich in der Anlage.

Anlage/n:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion vom 05.06.2026.



Gummersbach, 05.06.2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Halding-Hoppenheit,

die SPD- und CDU-Fraktion im Rat der Stadt Gummersbach haben beschlossen, für die nächste Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität am 18.06.2026, sowie des Stadtrates folgenden Antrag (gemäß § 14 der GO für Rat und Ausschüsse der Stadt Gummersbach) zu stellen:

Erstellung eines Umsetzungskonzeptes zur schrittweisen Einführung von Tempo 30 im Gummersbacher Stadtgebiet

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Umsetzungskonzept zur schrittweisen Einführung von Tempo 30 im Gummersbacher Stadtgebiet zu erarbeiten.

Das Konzept soll darstellen:

1. Welche Wohnbereiche sich auf Grundlage von Infrastruktur, Verkehrsaufkommen und Umsetzbarkeit vorrangig eignen.
2. Welche Kosten durch die Umsetzung entstehen würden.
3. Wie eine Priorisierung der Bereiche und eine mögliche Finanzierung erfolgen könnte.
4. Welche flankierenden Kommunikations- oder Begleitmaßnahmen (z. B. Bürgerinformation, Verkehrsaufklärung, Monitoring) sinnvoll wären.

Begründung

Die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion setzen sich für mehr Verkehrssicherheit und Lebensqualität in den Wohngebieten unserer Stadt ein.

Eine geringere Geschwindigkeit in Wohngebieten erhöht die Sicherheit insbesondere für Fußgänger und Radfahrer, vermindert Verkehrslärm und steigert die Lebensqualität vor Ort.

Um diese Vorteile flächendeckender zu realisieren, soll die Einführung von Tempo 30 in weiteren Wohnbereichen systematisch geplant werden.

Anstatt vereinzelt und reaktiv Tempo-30-Strecken auszuweisen, wird mit diesem Antrag ein proaktives Vorgehen angestrebt.

Ein umfassendes Umsetzungskonzept ermöglicht es, Schwerpunktgebiete zu identifizieren und diese bei der Geschwindigkeitsreduzierung prioritär zu behandeln.

So kann Schritt für Schritt ein zusammenhängendes Netz sicherer Wohnstraßen entstehen, ohne dass der Verkehr abrupt oder unkoordiniert verlagert wird.

Wichtig ist dabei auch die Abschätzung der Kosten und Ressourcen.

Die Erstellung des Konzepts soll klären, welcher finanzielle Aufwand für die Ausweitung von Tempo-30-Zonen entsteht (z. B. für Verkehrsschilder, Markierungen oder bauliche Maßnahmen) und wie diese Maßnahme finanziert werden könnte. Mögliche Finanzierungsquellen (etwa städtische Mittel oder Förderprogramme von Land und Bund) sollen aufgezeigt werden, um eine realistische Planung zu gewährleisten.

Ebenso sollen personelle und organisatorische Aspekte berücksichtigt werden, damit die schrittweise Umsetzung die Verwaltung nicht überlastet.

Durch diesen Antrag wird zunächst nur ein Planungsschritt angestoßen, keine unmittelbare Verkehrsmaßnahme.

Die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion möchten damit einen geordneten Prozess einleiten, der es Verwaltung und Rat ermöglicht, die Ausweitung von Tempo 30 in Wohngebieten gezielt und gut vorbereitet voranzubringen. Das Konzept liefert die notwendige Entscheidungsgrundlage, um anschließend über die schrittweise Umsetzung entscheiden zu können.



Thorsten Konzelmann

Fraktionsvorsitzender SPD



Jörg Jansen

Fraktionsvorsitzender CDU

Umbesetzung in den Fachausschüssen der Stadt Gummersbach**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
01.07.2026	Hauptausschuss und Ausschuss für öffentliche Ordnung
08.07.2026	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt folgende Umbesetzungen:

Ausschuss für Schule, Sport, Soziales, Familie und Migration

Beratende Mitglieder (Sachkundige Einwohner entsendet aus AfCul)

AM. Mohammad Belal (bisher: AM. Lilia Köhler)

Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität

Stellvertretende Mitglieder (AfD)

1. Stv. Manfred Valentin (bisher: N.N.)

3. Stv. Susanne Valentin (bisher: AM. Michael Herbst)

5. AM. Michael Herbst (bisher: Stv. Susanne Valentin)

Begründung:

AM. Lilia Köhler hat am 06.03.2026 ihr Mandat im Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration niedergelegt. Die Position als ordentliches beratendes Mitglied im Ausschuss für Schule, Sport, Soziales, Familie und Migration soll entsprechend nachbesetzt werden.

Zudem bittet die AfD-Stadtratsfraktion um die im Beschlussvorschlag aufgeführten Umbesetzungen.